



<https://biz.li/2yh6>

REGIONS-CDU: "THEMA BEVÖLKERUNGSSCHUTZ MUSS JETZT GANZ NACH OBEN AUF PRIORITÄTENLISTE"

Veröffentlicht am 22.07.2021 um 13:06 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"In der Eifel regnete es 144,8 Liter pro Quadratmeter in 24 Stunden. Die Folge: Über hundert Tote, eingestürzte Häuser, Autos, die einfach weggespült werden. Die Situation in den Hochwassergebieten in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen ist dramatisch. Es ist naiv zu glauben, dass uns so eine Extremwittersituation wie in der Eifel in der Region Hannover nicht passieren kann", so die CDU-Regionsfraktion. Bereits Ende Juli 2017 kam es zu einem solchen Starkregen in Hannover. Damals waren es nur 28,8 Liter Regen pro Quadratmeter. Die Kanalisation war schon damals überfordert, aus den Gullys drückte das Wasser nach oben und überflutete Kleingärten, Tiefgaragen und Keller. "Es ist an der Zeit, dass wir uns klarmachen müssen, dass der Klimawandel unsere Umwelt und unser Leben in der Region verändern wird. Das bedeutet, dass wir sofort im Bereich des Katastrophenschutzes deutlich aktiver werden müssen und gleichzeitig das Feld der Klimaanpassung noch stärker im Blick haben müssen. Die Sicherheit unserer Bevölkerung muss oberste Priorität haben. Das Prinzip Hoffnung - es wird schon nichts passieren - muss jetzt endlich überwunden werden. Dazu gehört auch, dass die Wiedereinführung einer Sirenenalarmierung für das Gebiet der Region Hannover so aktuell wie noch nie ist", erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende und Lehrter Abgeordnete Bernward Schlossarek. "Ich erwarte von der Regionsverwaltung, dass sie sofort überprüft, welche Auswirkungen eine Extremwittersituation, wie in der Eifel mit über 140 Liter Regen pro Quadratmeter in 24 Stunden, für die Region Hannover hat", so Schlossarek. "Es ist offensichtlich, dass bis jetzt beim Thema Extremwittersituationen viele Verwaltungen mit veralteten Zahlen gerechnet haben. Ich befürchte, unsere aktuellen Anstrengungen in der Region Hannover reichen nicht aus. Sämtliche Konzepte für den Katastrophenfall müssen zeitnah und gründlich kontrolliert und angepasst werden. Die entstehenden Kosten für ausreichende Sicherheitsmaßnahmen werden unterm Strich günstiger sein als flächendeckende Überflutungen in der Region. Wir sollten jetzt darüber nachdenken, ausreichend Sandsäcke anzuschaffen, ein weiteres zusätzliches mobiles Hochwasserschutzsystem sollte auch angeschafft werden und es sollte darüber nachgedacht werden, ob gegebenenfalls zusätzliche unterirdische Wasserauffangbecken sinnvoll sein könnten. All diese Fragen möchte ich beantwortet wissen", so Schlossarek. "Darüber hinaus ist leider abschließend anzumerken, dass der beschlossene Haushaltsbegleitantrag 'Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsschutz' aus dem Jahr 2017 bis heute noch nicht von der Verwaltung umgesetzt worden ist. Bis zum heutigen Tag existiert keine Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsschutz. Das ist ein schwerwiegendes Versäumnis der Regionsspitze", so Schlossarek abschließend.